

PRESSEKONFERENZ
anlässlich der Badischen Bau- & Ausbautage
am 13. Juli 2007 in Rust

Südbadische Bau- und Ausbauwirtschaft: Auftragslage schwächt sich im Frühjahr/Sommer 2007 ab

Altbausanierung und Modernisierung sind wichtige Zukunftsmärkte

Verbände fordern mehr öffentliche Bauinvestitionen und gleichberechtigte Einbeziehung des Wohneigentums in die Förderung der privaten Altersvorsorge

Nach einer konjunkturellen Erholung im Vorjahr erlebt das südbadische Bau- und Ausbaugewerbe im Frühjahr/Sommer 2007 eine Abschwächung seiner Auftragslage. Nur im Schreinerhandwerk haben sich die Auftragsbestände weiter erhöht.

Das südbadische **Zimmererhandwerk** verzeichnet insbesondere in der Sparte Wohnungsbau einen Rückgang. Wie eine Umfrage des Badischen Zimmerer- und Holzbauverbandes im Juni 2007 ergab, bezeichnen noch 39 Prozent der Firmen ihre Auftragsbestände im Ein- und Zweifamilienhausbau als verhältnismäßig groß oder ausreichend (Vorjahr: 71 Prozent). Die Baugenehmigungszahlen im Wohnungsbau sind seit Herbst 2006 spürbar rückläufig (erstes Quartal 2007: - 53 Prozent). Trotz des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs gehen vom Wirtschaftsbau kaum Impulse aus – hier sowie in der Sparte öffentlicher Hochbau klagen jeweils rund vier Fünftel der Firmen über zu geringe Auftragsbestände. Relativ am günstigsten stellt sich die Lage nach wie vor im Bereich Modernisierung und Sanierung dar.

Auch im **Stuckateurhandwerk** hat sich die Auftragslage leicht verschlechtert. Wie der Fachverband Ausbau und Fassade Baden im Rahmen einer Erhebung unter seinen Mitgliedsbetrieben ermittelte, bezeichnen 50 Prozent der Unternehmen die Auftragsbestände im Ein- und Zweifamilienhausbau und 83 Prozent im Mehrfamilienhausbau als zu gering. Im Wirtschaftsbau liegt dieser Wert bei 67 Prozent, im öffentlichen Hochbau sogar bei 91 Prozent. Wie im Zimmerer- und Holzbaugewerbe überwiegen auch bei den Stuckateurbetrieben allein in der Altbausanierung und –modernisierung die positiven Meldungen.

Das **Schreinerhandwerk** kann hingegen von einer Verbesserung seiner Auftragslage im Vergleich zum Vorjahr profitieren. Nach einer Umfrage des Wirtschaftsverbandes Holz- und Kunststoffverarbeitendes Handwerk melden im Segment Modernisierung und Sanierung 87 Prozent der Unternehmen eine zufrieden stellende Auftragslage. Im Bereich vorgefertigte Montage liegt dieser Anteil bei 85 Prozent, im Möbelbau bei 74 Prozent und im Wohnungsbau immerhin noch bei 67 Prozent. Am ungünstigsten wird die Situation im Gewerbebau und Öffentlichen Hochbau bewertet.

Hoffnungsvoll stimmt die Unternehmen im Zimmerer-, Stuckateur- und Schreinerhandwerk die weiterhin günstige Lage im Marktsegment des Bauens im Bestand. Tatsache ist, dass die Modernisierung und Sanierung einen wichtigen Zukunftsmarkt darstellt, der, nicht zuletzt

aufgrund des hohen Bedarfs im Bereich der energetischen Aufrüstung von Gebäuden, weiter an Bedeutung gewinnt. Eine verstärkte Nachfrage erhoffen sich die Unternehmen durch die jetzt erfolgte Verabschiedung der Änderungen zur Energieeinsparverordnung, die auch die zukünftige Ausstellung von Energieausweisen für Gebäude regeln. Nach Berechnungen des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums bildet die Sanierung des Altbaubestandes einen Markt von rund 25 Milliarden Euro.

Aufgrund des hohen Baubedarfs herrscht weiter eine hohe Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften. 31 Prozent der Schreinereien, 17 Prozent der Stuckateurbetriebe und 10 Prozent der Zimmererbetriebe klagen über einen Arbeitskräftemangel bei Facharbeitern. Erfreulich ist vor diesem Hintergrund die Erhöhung der Lehrlingszahlen in der südbadischen Bauwirtschaft von 1428 im Lehrjahr 2005/2006 auf 1510 im laufenden Ausbildungsjahr.

Zu kämpfen haben die Unternehmen des Bauhandwerks nach wie vor mit der äußerst schlechten Zahlungsmoral der Auftraggeber. Sorge bereitet den Unternehmen auch die Gründung von Kleinbetrieben im Zuge der Altgesellenregelung, nach der sich bestimmte Gesellen auch ohne Meisterprüfung selbständig machen dürfen. Hierdurch drohen zum einen Qualitätseinbußen bei den erbrachten Bauleistungen, zum anderen kommt es zu einer weiteren Verschärfung der Konkurrenzsituation am Markt.

Um die Situation in der Bau- und Ausbaubranche zu stabilisieren und Arbeitsplatzverluste zu verhindern fordern der Badische Zimmerer- und Holzbauverband, der Fachverband Ausbau und Fassade Baden sowie der Wirtschaftsverband Holz- und Kunststoffverarbeitendes Handwerk dringend die Umsetzung folgender Maßnahmen:

1.) Bedarfsgerechte Ausweitung der öffentlichen Bauinvestitionen

Die öffentliche Infrastruktur wird seit Jahren von Bund, Land und Gemeinden vernachlässigt. Im Bereich des öffentlichen Hochbaus besteht bei vielen Gebäuden ein dringender Sanierungsbedarf. So befinden sich zahlreiche Schulen in einem untragbaren Zustand. Tatsache ist: Der Anteil der Bauausgaben an den Staatsausgaben lag im vergangenen Jahr deutschlandweit nur noch bei 4,1 Prozent – 1970 betrug dieser Anteil noch 13,1 Prozent.

Der Verbände fordern Bund, Land und Gemeinden eindringlich auf, die öffentlichen Bauinvestitionen bedarfsgerecht auszuweiten.

2.) Gleichberechtigte Einbeziehung des Wohneigentums in die Förderung der privaten Altersvorsorge

Als Ausgleich für die ersatzlose Abschaffung der Eigenheimzulage setzen sich die Verbände für die gleichberechtigte Einbeziehung des privaten Wohneigentums in die Riester-Förderung der privaten Altersvorsorge ein. Auf diese Weise können Anreize zur Deckung des Wohnungsbedarfs geschaffen werden, der insbesondere in den Ballungszentren weiter besteht.

Die Verbände der Bau- und Immobilienwirtschaft haben im vergangenen Jahr das „Bau-Riester“-Modell vorgelegt, das aufbauend auf der geltenden Fördersystematik für Finanzprodukte der privaten Altersvorsorge die diskriminierungsfreie Einbindung von Wohneigentum in die geförderte Altersvorsorge darstellt. Wichtig ist hierbei, dass die vollständige Übertragbarkeit des geförderten Altersvorsorgekapitals für den Erwerb von Wohneigentum ebenso wie der voll umfängliche Einsatz dieser Sparleistung, einschließlich der Förderbeträge, für die Tilgung eines Hypothekendarlehens möglich ist.

Die Systematik der Förderung der privaten Altersvorsorge sieht die nachgelagerte Besteuerung vor, die auch Bestandteil des Verbändevorschlages ist.

3.) Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Nach wie vor belasten hohe Lohnnebenkosten aufgrund zu teurer sozialer Sicherungssysteme die Unternehmen. Daher fordern die Verbände die Politik nachdrücklich auf, hier die dringend notwendigen, grundlegenden Reformen endlich anzugehen. Bei der gesetzlichen Unfallversicherung muss die Reform so gestaltet werden, dass sich die unerträgliche Beitragsbelastung der Betriebe drastisch vermindert. Nur so kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Bauwirtschaft angesichts des durch die EU-Erweiterung steigenden Wettbewerbsdrucks sichergestellt werden.

Die geforderten Maßnahmen sind wichtige Voraussetzungen zur Stabilisierung der Situation in der Bau- und Ausbauwirtschaft. Sie müssen daher schnellstmöglich umgesetzt werden.